

Příloha 1

Názvy a zkratky vybraných německých odbojových skupin, organizací, institucí, politických stran a států	
(podle pořadí výskytu)	
V době nacistické diktatury	
VT	CT
NSDAP	Národně socialistická (nacistická) strana (NSDAP)
Deutsche Christen	Němečtí křesťané
Pfarrerrotbund	Ochranné sdružení farářů
Bekennende Kirche	Vyznávající církve
Geheime Staatspolizei (Gestapo)	gestapo
Rote Kapelle	Rudá kapela
Hitlerjugend (HJ)	Hitlerova mládež
Wandervogelbewegung	hnutí Putující pták
Bündische Jugend	Spolková mládež
Edelweißpiraten	Piráti protěže
Leipziger Meuten	Lipské smečky
Erfurter Meuten	Erfurtské smečky
Swing-Jugendliche	Swingová mládež
Weißerose	Bílá růže
Kreisauer Kreis	Kreisavský kroužek

V době socialistické diktatury	
VT	CT
DDR	Německá demokratická republika (NDR) / Východní Německo
SBZ	sovětská okupační zóna
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	Sociálně demokratická strana Německa (SPD)
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	Komunistická strana Německa (KDP)
Sozialistische Einheitspartei (SED)	Sjednocená socialistická strana Německa (SED)
Christlich-Demokratische Union (CDU)	Křesťanskodemokratická unie Německa (CDU)
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)	Liberálně demokratická strana Německa (LDPD)
UdSSR	SSSR
Bundesrepublik	Spolková republika Německo (SRN) / Západní Německo
FDP	Svobodná demokratická strana (FDP)
Beat-Bewegung	Beatové hnutí
Neu-Beginnen	Nový počátek
Europäische Union	Evropská unie
Bausoldaten	stavební vojáci
Schwerter zu Pflugscharen	Meče v radlice
Sozialdemokraten (SDP)	sociální demokraté (SDP)
Demokratischer Aufbruch (DA)	Demokratický přelom (DA)
Neues Forum (NF)	Nové fórum (NF)
Demokratie jetzt (Dj)	Demokracie teď (Dj)
Vereinte Linke (VL)	Spojená levice (VL)

1 **Widerstand und Opposition gegen die Diktatur des Nationalsozialismus**

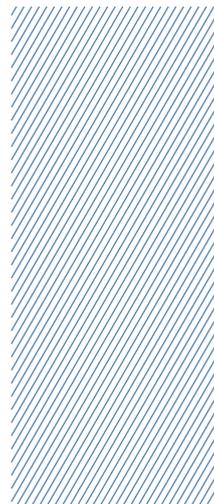
Axel Smend

- 5 Nach dem Ersten Weltkrieg im November 1918 hatte die neu eingeführte parlamentarische Demokratie mit Widerständen und Problemen zu kämpfen. Aufstände, Putschversuche und wirtschaftliche Krisen prägten die ersten Jahre der Weimarer Republik. Zudem stellten die Bestimmungen des von Deutschlands Kriegsgegnern ausgehandelten Versailler Vertrages eine finanzielle und psychologische Belastung
- 10 dar. Viele Beamte waren noch antirepublikanisch geprägt, aber auch weiten Teilen der Bevölkerung fehlte der Wille, am politischen Geschehen in der Republik verantwortlich mitzuarbeiten.

- Eine kurze Phase der Stabilisierung endete mit der Weltwirtschaftskrise von 1929. Angesichts der Krise erwiesen sich die regierenden Parteien als unfähig, stabile Koalitionen zu bilden und ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden. So war der Nährboden bereitet für das Aufkommen radikaler politischer Parteien von rechts wie links. Die in der Bevölkerung vorhandenen Wünsche nach neuer nationaler Größe, die antisemitischen Überzeugungen und die Bereitschaft, sich einer autoritären Führung zu unterwerfen, wurden von der NSDAP geschickt aufgegriffen. Ihre demagogischen Formulierungen übten trotz sachlicher Unwahrheiten große Wirkung auf viele
- 20 Bevölkerungskreise aus. Ihr politisches Programm war durchsetzt von Nationalismus und Antisemitismus. Als ihr Vorsitzender, Adolf Hitler, am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, nutzte er diese politische Macht umgehend, um die Diktatur zu errichten.



Joseph Goebbels, Adolf Hitler und Rudolf Heß (v. l. n. r.) bei einer Wahlkundgebung in Berlin 1933.

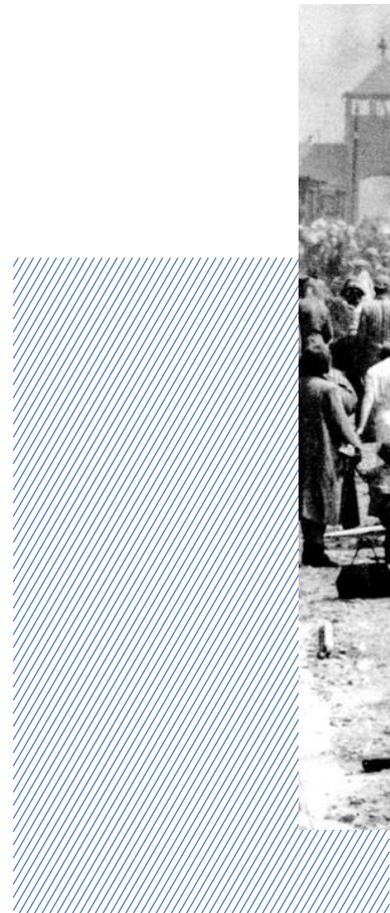


Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 entzog dem Parlament die Entscheidungskompetenz und war die Grundlage für die Gleichschaltung der Länder, Parteien,

- 30 Gewerkschaften, Vereine, des öffentlichen Dienstes und der Medien. Nun setzten auch die Verfolgung von Systemkritikern sowie Repressalien und Aktionen gegen Juden ein. So wurden jüdische Geschäfte boykottiert und jüdischen Anwälten, Ärzten und Künstlern Berufsbeschränkungen auferlegt. Eine wesentliche Verschärfung brachten 1935 die sogenannten Nürnberger Gesetze, die sehr stark in die persönliche Sphäre der
- 35 Juden eingriffen und sie nun auch offiziell aus dem öffentlichen Leben ausschlossen. Teil der Nürnberger Gesetze war unter anderem das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das Ehe und Intimpartnerschaft zwischen „Personen deutschen oder artverwandten Blutes“ und Juden verbot. In der zentral gesteuerten Pogromnacht am 9. November 1938 erreichte die Verfolgung der Juden einen weiteren
- 40 Höhepunkt: 30.000 Juden wurden vorübergehend verhaftet, mehr als hundert Menschen ermordet, Synagogen angezündet, Geschäfte geplündert und jüdische Friedhöfe zerstört. Nicht nur die Juden fielen dem Rassenwahn zum Opfer, sondern auch viele Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung sowie seelisch Kranke.



Die Nationalsozialisten riefen seit dem Frühjahr 1933 zum Boykott jüdischer Geschäfte auf.



Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 verschärfte sich der beispiellose Absturz in die Barbarei – die Nationalsozialisten begingen nicht nur zahlreiche
50 Kriegsverbrechen, sondern dehnten die Judenverfolgung auch auf die von Deutschland besetzten Gebiete aus. Auf der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 wurden Einzelheiten der seit 1941 geplanten Vernichtung der europäischen Juden besprochen, wie Zuständigkeiten für die Deportations- und Vernichtungsaktionen, Maßnahmen zu
55 deren Umsetzung wie auch die Festlegung des räumlichen und zeitlichen Ablaufes. Durch systematische, staatlich gelenkte Massenmorde in Arbeits- und Konzentrationslagern (KZ) wurden europaweit etwa sechs Millionen Juden umgebracht.



*Ankunft ungarischer Juden im Vernichtungslager
Auschwitz-Birkenau im Juni 1944.*

60 Nach der Machtübernahme zeigten sich die meisten Deutschen begeistert vom Nationalsozialismus; andere passten sich an, manche blieben passiv; wiederum andere – sehr wenige – stellten sich dem Regime entgegen und nutzten jene eng beschränkten Möglichkeiten, die unter den Bedingungen der Diktatur eigenes poli-
65 tisches Handeln überhaupt noch zuließen. Dabei erkannten auch viele Widerständler erst nach und nach den verbrecherischen, menschenverachtenden Charakter des Regimes, so dass der Weg zum Widerstand häufig ein längerer Prozess war.

Die Formen des Widerstands waren vielfältig: Manche Menschen verbreiteten Informationen ausländischer Rundfunksender, druckten Flugblätter und verteilten sie.

Andere halfen verfolgten Juden, Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern. Und einige
70 versuchten, Hitler zu töten, um seine verbrecherische Herrschaft und den Krieg zu
beenden. Manche folgten als Einzeltäter ihrem Gewissen, andere schlossen sich in
Gruppen zusammen, die teilweise – trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten im
totalitären System – mit anderen Kreisen vernetzt waren. Anhand einiger Beispiele,
aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit, sei hier das breite Spektrum des deutschen
75 Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur aufgezeichnet:

Unbekannte

Für die vielen Unbekannten aus dem Widerstand soll der 17 Jahre
alte Walter Klingenberg genannt
80 werden, der ausländische Feindsender abhörte und das „Victory“-
Zeichen als Symbol für den Sieg der Alliierten auf Hauswände und
Straßenschilder malte und dafür
85 mit dem Tode bestraft wurde; ebenso die Eheleute Elise und Otto
Hampel, die Postkarten mit regimekritischem Inhalt in Berliner Haus-
fluren auslegten und dafür ent-
90 hauptet wurden; oder der Student Robert Limpert, der kurz vor Kriegs-
ende die Bewohner von Ansbach aufforderte, die Stadt kampfflos den
amerikanischen Kampftruppen zu
95 übergeben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Er wurde
wenige Stunden vor der Befreiung der Stadt durch die Amerikaner
auf Befehl des deutschen Stadt-
100 kommandanten gehängt.

Auch an viele andere Unbekannte, die sich dem Regime widersetzten und dafür
ermordet wurden, ist zu erinnern: die auf Flugblättern für Frieden eintraten; die sich
weigerten, den Fahneid auf Hitler zu leisten; die Ausweise fälschten; die Zwangs-
arbeiter unterstützten; die Juden und anderen Verfolgten halfen oder sie versteckten.

105 Letztere bildeten einen wichtigen Teil des Widerstands, waren doch Jüdinnen und
Juden in Deutschland und in den von Deutschen besetzten Gebieten schutzlos dem
Verfolgungs- und Rassenwahn des Nationalsozialismus ausgesetzt. Diese
Stillen Helden waren unter Gefährdung ihrer eigenen Person bereit, den
von Deportation und Mord Bedrohten beizustehen. Sie besorgten Lebens-
110 mittelkarten und Essen, beschafften falsche Papiere, leisteten Fluchthilfe, stellten
Quartiere zur Verfügung bzw. vermittelten diese oder versteckten die Verfolgten bei
sich. Schätzungen gehen heute davon aus, dass allein im Deutschen Reich mehrere
zehntausend Menschen verfolgten Juden geholfen haben.



Von Walter Klingenberg gemaltes Victory-Zeichen. München, 28. Januar 1942.

Die Nationalsozialisten schalteten zudem die christlich-demokratische Opposition aus und erhoben ihren weltanschaulichen Führungsanspruch auch gegenüber den christlichen Kirchen. Diese Entwicklung wurde besonders von den Deutschen Christen begrüßt, einer rassistischen, antisemitischen und am Führerprinzip orientierten Strömung im deutschen Protestantismus, die Anfang 1933 etwa eine Million Mitglieder hatte. Ihre Gegner schlossen sich 1933 zum Pfarrernotbund zusammen, darunter Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller. Dieser Bund bildete die Basis der Bekennenden Kirche, die 1934 ins Leben gerufen wurde, und zu der auch Karl Barth, Helmut Gollwitzer und viele andere gehörten. Insgesamt konnte sich die Bekennende Kirche schon bald auf fast ein Drittel, später noch etwa auf ein Fünftel der insgesamt etwa 19.000 evangelischen Geistlichen stützen. Die 1934 von ihr formulierte „Barmer Theologische Erklärung“ widersprach in ihrer zentralen theologischen Äußerung der damaligen Politik der Gleichschaltung der Kirche durch den nationalsozialistischen Staat. Dabei sah sich die Bekennende Kirche selbst nicht als Teil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Die katholische Kirche bezog noch im Reichswahlkampf 1933 deutlich Stellung gegen die NSDAP. Hitler stellte jedoch die Unterzeichnung eines Staatskirchenvertrags zwischen dem Vatikan und der deutschen Regierung in Aussicht, der die Rechte der katholischen Kirche in Deutschland garantieren sollte. Daher stimmten die Parteien des politischen Katholizismus für das Ermächtigungsgesetz vom März 1933. Zwar wurde der Staatskirchenvertrag am 20. Juli 1933 geschlossen, aber die Nationalsozialisten hielten sich nicht an das Abkommen. Religiöse Aktivitäten katholischer Organisationen, auch Religionsunterricht, wurden eingeschränkt und schließlich verboten. Das in allen katholischen Gemeinden verlesene Rundschreiben „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. vom März 1937 kritisierte die Rechtsbrüche des nationalsozialistischen Regimes, woraufhin es zu Festnahmen von katholischen Geistlichen kam. Die Mehrzahl der katholischen Bischöfe war nun nicht mehr bereit, auf Konfrontationskurs zum Hitler-Regime zu gehen.



Dietrich Bonhoeffer mit Konfirmanden im Harz 1932. Bonhoeffer gehörte zu den wenigen Geistlichen, die von Anfang an öffentlich gegen den nationalsozialistischen Antisemitismus Stellung bezogen.



Der Berliner Dompfarrer Bernhard Lichtenberg trat öffentlich für die Verfolgten des Nationalsozialismus ein.

145

Von beiden Kirchen als Institutionen ging kein politischer Widerstand aus, der das nationalsozialistische Regime gefährdet hätte. Der Widerspruch der Amtskirchen beschränkte sich in der Regel lediglich auf religiös-kirchliche Belange. Aber einzelne

Vertreter beider Kirchen entschieden sich für den Widerstand und riskierten immer
150 bespitzelt, bedroht, vertrieben, inhaftiert oder ermordet zu werden, wie z. B. Dietrich
Bonhoeffer, Alfred Delp, Erzbischof Michael von Faulhaber, Bischof Clemens Graf von
Galen, Eugen Gerstenmaier, Bernhard Lichtenberg, Bischof Konrad Graf von Preysing
und Harald Poelchau.

So nahm Bonhoeffer schon 1933 öffentlich Stellung gegen die nationalsozialistische
155 Judenverfolgung und erwog im April 1933 unter dem Eindruck der Judenverfolgung,
nicht nur „die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die
Speichen zu fallen“. 1938 schloss er sich dem Widerstand um den Geheimdienstchef
Admiral Wilhelm Canaris an und knüpfte Verbindungen zu ausländischen Regie-
160 rungen. Als Theologe rechtfertigte er den Tyrannenmord. Im April 1943 wurde er
festgenommen, blieb ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis und wurde am 9. April
1945 im KZ Flossenbürg ermordet. Bernhard Lichtenberg, Dompfarrer der Berliner
St. Hedwigs-Kathedrale, setzte sich entschieden für Häftlinge in den Konzentrations-
lagern ein, betete öffentlich auch für verfolgte Juden und widersprach offen der
Ermordung psychisch Kranker. Nach seiner Festnahme 1941 und Verbüßung einer
165 zweijährigen Haftstrafe wurde er in das KZ Dachau eingewiesen. Beim Transport
dorthin starb der Schwerkranke.

Mitte der Dreißigerjahre fanden sich in Berlin Frauen und Männer unterschiedlicher
sozialer Herkunft zu Freundes- und Diskussionsabenden zusammen. Sie kamen aus
verschiedensten Berufen und vertraten unterschiedlichste politische und weltan-
170 schauliche Ansichten. Ihnen gehörten etwa 150 Personen an. Sie alle einte die Gegner-
schaft zum Nationalsozialismus, einige sympathisierten mit dem Kommunismus.
Sie halfen Verfolgten, verbreiteten Flugblätter, organisierten Zettelklebeaktionen,
knüpften Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen, suchten Regimegegner in
Betrieben und Institutionen, nahmen Kontakte zu ausländischen Zwangsarbeitern
175 auf und übermittelten kriegswichtige Informationen an Vertreter des sowjetischen
Nachrichtendienstes. Im Zentrum dieser Kreise agierten Arvid Harnack und Harro
Schulze-Boysen, unterstützt von Hans und Hilde Coppi, Hans Lautenschläger, Heinrich
Scheel und vielen anderen. Die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die diesen Freundes-
kreis fälschlicherweise als Teil der sowjetischen Spionageorganisation ansah und ihr
180 daher den Namen Rote Kapelle gab, nahm Ende 1942 etwa 130 Frauen und Män-
ner dieses Kreises fest, von denen 65 Personen zum Tode verurteilt und hingerichtet
wurden. Fünf wurden ohne Verfahren ermordet, vier wurden in den Selbstmord
getrieben.

Unmittelbar nach der Machtübernahme verboten die Nationalsozialisten die meis-
185 ten Jugendverbände. An ihre Stelle trat die Hitlerjugend (HJ), in der die Jugendlichen
im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie erzogen und vormilitärisch ausgebildet
wurden. Insbesondere unter den kommunistischen, sozialdemokratischen, christ-
lichen und jüdischen Jugendgruppen widersetzten sich einige und versuchten sich
im Verborgenen neu zu formieren. Vielen dieser Gruppen wie die aus der Wander-
190 vogelbewegung hervorgegangene Bündische Jugend, die Edelweißpiraten im Rhein-
land und Ruhrgebiet, die Leipziger und Erfurter Meuten oder die Swing-Jugend-
lichen in Hamburg ging es zunächst hauptsächlich darum, ihren Lebensstil und
ihre Unabhängigkeit gegenüber dem NS-Regime zu behaupten. Obwohl damit kein
ausdrücklich politischer Widerstand geleistet wurde, verfolgte die Gestapo all diese
195 Gruppen rigoros und inhaftierte viele Mitglieder in Fürsorgeanstalten, Gefängnissen
und Konzentrationslagern.

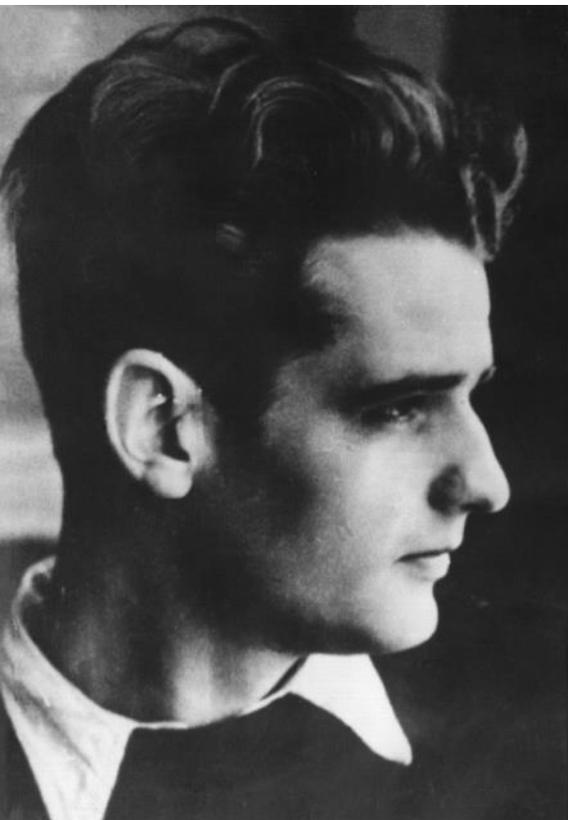
Rote Kapelle 

Jugendgruppen 

Weiße Rose

Weiße Rose nannte sich eine von Studenten dominierte, sich vor allem auf christliche und humanistische Werte und auf die Tradition der Bündi-

- 200 schen Jugend berufende Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus. Sie entstand 1942 in München auf Initiative eines Freundeskreises um die Medizinstudenten Hans Scholl und Alexander Schmorell. Weitere Mitglieder waren die Studenten Willi Graf, Christoph Probst, Sophie Scholl sowie der Universitätsprofessor Kurt Huber. Die Gruppe konzipierte, druckte und verteilte über verschiedene Verbreitungswege in der Region München und später auch in anderen deutschen Städten insgesamt sechs
- 205 Flugblätter bei steigender Auflage. In diesen Flugblättern prangerten sie die Gewaltverbrechen des nationalsozialistischen Regimes an, riefen zum „passiven Widerstand“ gegen Hitlers Kriegsführung auf, forderten das sofortige Ende des Krieges und den Sturz des Hitler-Regimes. Nach dem Ende der Schlacht von Stalingrad im Winter 1942/43 schrieben Willi Graf, Alexander Schmorell und Hans Scholl Parolen wie
- 210 „Nieder mit Hitler“ oder „Massenmörder Hitler“ an Münchener Hausfassaden. Am 18. Februar 1943 legten Hans und Sophie Scholl das von Kurt Huber verfasste sechste Flugblatt, das sich gegen das „furchtbare Blutbad“ der Nationalsozialisten in Europa richtete, in der Münchener Universität aus. Die Geschwister Scholl wurden dabei festgenommen. Vier Tage später, noch am Tage ihrer Verurteilung durch den Volksgerichtshof unter seinem Präsidenten Roland Freisler, wurden sie zusammen mit
- 215 Christoph Probst enthauptet. Willi Graf, Kurt Huber und Alexander Schmorell folgten ihnen nach einem zweiten Prozess im Juli 1943 in den Tod.



Die Mitglieder der Weißen Rose
Hans und Sophie Scholl.



Helmut James von Moltke vor dem Volksgerichtshof am 11. Januar 1945.

Seit 1940 fand sich in Berlin und später auf dem schlesischen Gut Kreisau eine Gruppe oppositionell gesinnter Männer und Frauen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und mit unterschiedlichem beruflichen, politischen und konfessionellen Hintergrund zusammen. In diesem von der Gestapo genannten Kreisauer Kreis arbeiteten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, des Adels, des Bürgertums sowie Katholiken und Protestanten eng zusammen. Geistiger Mittelpunkt dieser Gruppe waren Helmut James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg. Sie erarbeiteten Grundzüge einer ethischen, politischen und sozialen Grundordnung für die Zeit nach dem Krieg. In Tagungen, Gesprächen und Denkschriften entwarfen sie Zukunftskonzepte, deren programmatischer Rahmen durch das Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft und das des Bürgers zum Staat bestimmt wurde. Der Mensch soll sich, so

- 220
- 225
- 230
- 235
- 240 die Kreisauer, in seinem Umfeld, den „kleinen Gemeinschaften“, engagieren und sich dabei in seiner Verantwortung für Andere üben. Die Bestimmung des Staates hingegen sei es, Hüter der individuellen Entwicklung und der Freiheit des Menschen zu sein. Damit forderten die Kreisauer das, was wir heute bürgerschaftliche Teilhabe und Zivilgesellschaft nennen.
- 245 Auf dieser Grundlage durchdachten sie nicht nur Staatsaufbau, Bildung, Verhältnis von Staat und Kirche, Bestrafung von Kriegsverbrechern, Organisation des wirtschaftlichen Lebens, sondern gingen noch einen für die damalige Zeit radikalen Schritt weiter. In ihrer Abkehr vom hegemonialen Nationalstaat mit seinen Exzessen traten sie konsequent für ein geeintes, demokratisch aufgebautes Europa ein: Ein europäischer Bundesstaat mit gemeinsamer Außen-, Finanz- und Währungspolitik und einer gemeinsamen Armee sollte künftig das Kräfteverhältnis zwischen größeren und kleineren Ländern ausgleichen und möglichen Kriegen Einhalt gebieten. Auch hier ging die entschiedene Haltung gegen Nationalismus mit einer Rückbesinnung auf die im Humanismus und Christentum grundlegenden gemeinsamen Werte einher. Einige
- 250
- 255 Mitglieder des Kreisauer Kreises standen in engerem Kontakt zu anderen Gegnern des nationalsozialistischen Staates. Wegen dieser Verbindungen wurden viele Mitglieder des Kreises nach dem Attentat des 20. Juli 1944 als Mitverschwörer angeklagt und zum Tode verurteilt.

Widerstand und

260 Opposition gegen die SED-Diktatur in der DDR

Ehrhart Neubert

Im Unterschied zum Nationalsozialismus bestand die DDR vierzig Jahre. Dennoch handelte es sich gleichwohl nicht um einen stabilen Staat. Er wurde von der Sowjetunion
265 gestützt und legitimierte sich mit der kommunistischen Vision einer Gesellschaft ohne Widersprüche und Ungerechtigkeiten. Dies faszinierte viele, zumal der Krieg und die Verbrechen der Nationalsozialisten die Menschen nach einem Neuanfang suchen ließen. Aber der Kommunismus konnte seine Versprechen nie erfüllen und griff frühzeitig zur Gewalt mit unzähligen Opfern. Deshalb wehrten sich von Anfang an Menschen
270 gegen die neue Diktatur.

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes im Mai 1945 richteten die Siegermächte Besatzungszonen in Deutschland ein. Der Sowjetunion unter Stalin wurde das damalige Mitteldeutschland zugeschlagen. Berlin wurde in vier Sektoren unter den Haupt-
275 siegermächten aufgeteilt. Damit fiel Stalin, der die Sowjetunion mit einem grausamen und blutigen Terror überzogen hatte, ein Teil Deutschlands in die Hände. Obwohl Stalin versprochen hatte, in der SBZ demokratische Strukturen aufzubauen, etablierte er von Beginn an die Macht der Kommunisten und setzte dabei zunehmend auch terroristische Methoden ein. Die Kommunisten installierten dort nach sowjetischem Vorbild eine Diktatur, unterwarfen das Recht der Politik und begannen einen Umbau der
280 Gesellschaft. Alles, was die kommunistische Herrschaft in Frage stellte, wurde verfolgt und als „faschistisch“ diffamiert.



Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) wurde zwangsweise mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) vereint. Die Christlich-Demokratische Union (CDU) 285 und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) wurden als „Blockparteien“ von der SED auf Linie gebracht. Die Wirtschaft wurde Zug um Zug verstaatlicht, die Bauern mussten in Kollektivgenossenschaften ein-
290 treten. Die bildungsbürgerlichen Eliten wurden entlassen und durch SED-Funktionäre, sogenannte Kader, ersetzt. Die Kirchen wurden allmählich aus den Schulen und der Öffentlichkeit verdrängt.

*Das sowjetische
Speziallager Sachsenhausen.* 295

300 Um diese Ziele durchzusetzen, bauten die sowjetische Besatzungsmacht und die SED einen vielgliedrigen Repressionsapparat auf. Anfangs wurden viele tausend Menschen in sowjetische Lager in der UdSSR verschleppt. Dazu kamen zehn sogenannte Speziallager des sowjetischen Geheimdienstes in der SBZ, davon zwei in ehemaligen Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. In ihnen wurden neben teilweise
 305 schwer belasteten Nationalsozialisten viele Demokraten inhaftiert, die sich gegen die neue kommunistische Diktatur gewandt hatten. Schätzungsweise 100.000 Insassen kamen in den Lagern zu Tode.

Nach der Gründung der DDR 1949 ging die politische Justiz allmählich auf die SED-Apparate über. Sowjetische Militärgerichte hatten vorher aus politischen Gründen
 310 756 Personen zum Tode verurteilt. Die DDR-Strafjustiz fällte über siebzig Todesurteile. Es wurden weit mehr als 200.000 Menschen aus politischen Gründen zu einer Haftstrafe verurteilt. Von 1949 bis 1989 gab es selten weniger als 30.000 politische Häftlinge. Diese Zahlen unterlagen starken Schwankungen. 1953 befanden sich etwa 60.000, 1955 gut 47.000, 1960 etwa 23.000, 1974 48.000 und 1987 nur gut 5.000
 315 Menschen aus politischen Gründen in Haft. Die geringe Anzahl von 1987 kam aufgrund einer umfassenden Amnestie zustande. Die Gefängnisse wurden aber rasch wieder aufgefüllt. So gab es bis Oktober 1989 wieder 27.000 politische Häftlinge. Um Devisen zur Finanzierung des Staates zu erlangen, verkaufte die DDR bis 1989 an die Bundesrepublik 31.775 Häftlinge für fast 3,4 Milliarden DM.

320 In den großen Haftanstalten der DDR, u. a. in Bautzen, Brandenburg, Cottbus, Hohen- eck und Berlin-Hohenschönhausen, waren die Gefangenen unmenschlichen Haftbe- dingungen ausgesetzt. Sie sollten „erzogen“ und ihre eigenständige Persönlich- keit gebrochen werden. Zu diesem Zweck gab es ein ganzes Arsenal physischer und psy- chischer Folter.



Das Wappen des Ministe- riums für Staatssicherheit der DDR.



Das schärfste Verfolgungs- und Kontrollinstrument der SED war das 325 Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Für das MfS arbeiteten etwa 90.000 hauptamtliche und 175.000 inoffizielle Mitarbeiter, die die Oppositionellen und Widerständler bekämpften. Ziel war es, diese Personen psychisch und sozial zu zermürben, um sie handlungsun- 330 fähig zu machen.

Die schweren Eingriffe in die Gesellschaft sowie die absolute politische Dominanz der SED forderten während der 40 Jahre andauernden kommunistischen Herrschaft offene und verdeckte Gegner verschiedenster Art heraus. So gab es den konfrontati- 335 ven, auf die Beseitigung oder Schwächung des politischen Systems gerichteten Widerstand. Daneben gab es Formen oppositionellen Verhaltens, die auf die Nutzung oder die Erweiterung legaler Spiel- räume angelegt waren. Dessen politische Inhalte waren vorwiegend reformerisch und zielten auf die schrittweise Demokratisierung des 340 sozialistischen Systems. Und schließlich gab es ein weites Feld von passiver Verweigerung oder partiellem Widerspruch. Diese ver- schiedenen Formen politischer Gegenwehr waren besonders häufig bei Christen zu finden, die ihre Identität gegen die ideologischen Ansprüche verteidigten. Einige dieser Gegner hatten schon gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet. 345

Alle, die sich für eine dieser Formen der Gegnerschaft entschieden, benötigten eine innere ethisch oder religiös gestützte Entschlossenheit und auch Gelegenheiten, um als einzelne wirksam zu werden oder sich mit anderen zusammenzuschließen. Allerdings war ein Großteil der Bevölkerung politisch angepasst, teilweise profitierten sie als Mitglieder der SED oder Mitarbeiter im Partei- und Staatsapparat vom System. 350 Nachhaltig war diese Verbindung allerdings nicht. In der Friedlichen Revolution 1989 streifte ein großer Teil dieser Menschen ihre Anlehnung an die SED mühelos ab.

Generell war die Flucht das häufigste Phänomen der Absage an die politischen Zumutungen. Bis zum Mauerbau und der nahezu vollständigen Abriegelung zum Westen am 13. August 1961 flohen mehr als drei Millionen Menschen. Trotz des Schießbefehls gelang bis 1990 noch einmal etwa einer Million Menschen die Ausreise oder die Flucht aus der DDR. Zur Absicherung der innerdeutschen Grenzgebiete wurden 1952 und 1961 in den ländlichen Grenzkreisen der DDR etwa 12.000 Menschen zwangsweise ins Landesinnere deportiert und dort angesiedelt. 355

360 In der Entwicklung des Herrschaftssystems lassen sich sechs Perioden spezifischer organisierter Gegnerschaft ausmachen.

In der ersten Periode, von 1949 bis 1953, bis zum Tode Stalins und dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 bildeten sich zahlreiche Widerstandsgruppen der unterdrückten Parteien, in den Universitäten, unter Bauern und Beamten, die sich gegen die kommunistische Transformation richteten. Nach dem Verlust der politischen Unabhängigkeit der demokratischen Parteien begannen die Westparteien, SPD, CDU, FDP sowie kleinere Parteien und die Gewerkschaften, in West-Berlin Ostbüros einzurichten, die den Widerstand unterstützen sollten. In den Ostbüros arbeiteten auch aus der DDR geflüchtete Parteimitglieder mit. Sie bauten illegale Gruppen in der DDR auf, schleusten Flugblätter und Zeitungen in die DDR, nutzten für ihre Gegenpropaganda westliche Sender und halfen Verfolgten bei der Flucht in den Westen. 365 370

Volksaufstand am 17. Juni 1953

Der unverhüllte Druck und offene Terror der SED löste den Volksaufstand am 17. Juni 1953 aus, den alle Schichten der

Bevölkerung mittrugen. In über 700 Orten traten weit mehr als eine Million Menschen in den Streik oder demonstrierten im öffentlichen Raum. Sie erstürmten zahlreiche Gebäude des MfS, Gefängnisse und staatliche Verwaltungszentren. In einigen Städten, wie Bitterfeld und Görlitz, wurden die Stadtregierungen aufgelöst und neue demokratische Strukturen geschaffen. Die SED-Regierung floh in eine sowjetische Kaserne. Der Aufstand wurde aber durch den Einsatz sowjetischer Panzer blutig unterdrückt. Neben zahlreichen Verletzten kamen mindestens 50 Menschen ums Leben. Darunter waren sieben standrechtlich Hingerichtete. Viele tausend Menschen wurden ins Gefängnis geworfen. 380 385

375



Sowjetische Panzer schlagen den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR nieder.

390 Nach dem Aufstand, der zunächst eine Resignation in der Bevölkerung auslöste, bildeten sich in einer zweiten Periode, 1953 bis 1961, erneut vereinzelt Oppositionsgruppen. Widerspruch gab es auch in der SED selbst. Unter dem Eindruck einer Entstalinisierung in der Sowjetunion und des antikommunistischen Aufstands 1956 in Ungarn bildeten sich intellektuelle Kreise in der SED, die eine Demokratisierung des Sozialismus erörterten. Zu diesen gehörten etwa Wolfgang Harich und einige Mitarbeiter des „Aufbauverlages“ in Berlin. Sie alle wurden als sogenannte Revisionisten in Schauprozessen mit hohen Gefängnisstrafen belegt. Gegen die verstärkte Ideologisierung wehrten sich auch kirchliche Kreise, wie etwa um den evangelischen Studentenpfarrer Georg-Siegfried Schmutzler in Leipzig. Dieser wurde 1957 verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Er hatte in der Studentengemeinde sogenannte soziolethische Kleinkreise gebildet, die sich zu staatskritischen Foren in der Universität entwickelten.

Die dritte Periode, 1961 bis 1970, wurde durch den Mauerbau am 13. August 1961 eingeleitet. Die SED nahm damit die Mehrheit der in den Grenzen der DDR eingeschlossenen Bevölkerung in eine Art Geiselhaft. Die Grenze kostete bis 1989 etwa 900 Menschen bei Fluchtversuchen das Leben. Trotzdem ließen vom Mauerbau bis zum Machtantritt von Erich Honecker als Erster

405 Sekretär des Zentralkomitees der SED 1971 die vielfältigen widerständischen Aktionen verschiedener Gruppen nicht nach. Die erste Generation, die in der DDR sozialisiert worden war, versuchte sich teilweise immer stärker der strikten Disziplinierung und Ideologisierung zu entziehen. Jugendliche pflegten eine Subkultur, die sich über die Medien an der westlichen Entwicklung orientierte. So entwickelten sich trotz Verboten zahlreiche Beat-Klubs. 1965 kam es in Leipzig zum sogenannten „Beat-Aufstand“, als hunderte Jugendliche gegen die Restriktionen demonstrierten. Viele von ihnen wurden in Umerziehungslager eingesperrt.

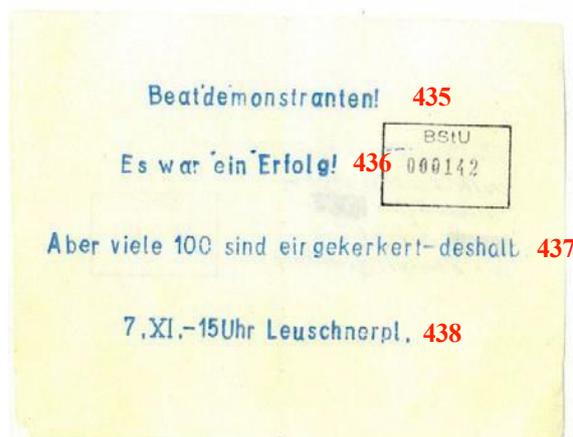
425 Aber auch Künstler versuchten immer wieder Freiräume zu schaffen. Zu einer wichtigen Figur der offenen Kritik wurde der Liedermacher Wolf Biermann, dessen Texte sich rasch verbreiteten. Aus der SED heraus entwickelte sich der Chemiker Robert Havemann zur zentralen Instanz politischer Kritik. Er hatte als Widerständler im NS-Staat, als Mitglied der Gruppen „Neu-Beginnen“ und „Europäische Union“, zehn Jahre in demselben Gefängnis wie Erich Honecker gesessen. Das verschaffte ihm eine Legitimation, die seine Verfolgung erschwerte.

430 Die SED ging zum Angriff auf alle ideologischen Abweichungen über. Auf dem sogenannten „Kahlschlagplenum“ des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 rechnete Ulbricht mit allen Kritikern ab, insbesondere im Bereich der Kultur. Die Zensur wurde verschärft, Filme verboten und Veröffentlichungen von Büchern und Theaterstücken wurden verhindert.

Wolfgang Harich

Georg-Siegfried Schmutzler

Aufruf der Beat-Bewegung zur Demonstration in Leipzig 1965.



Beat-Bewegung

- 440 Nach dem Mauerbau, als für junge Leute die Flucht kaum noch möglich war, führte die SED 1962 die allgemeine Wehrpflicht ein. Aber viele tausend junge Männer verweigerten ihren Wehrdienst. Nach zähen Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche sah sich die SED genötigt, 1964 einen waffenlosen Dienst in der „Nationalen Volksarmee“ einzurichten. Die dort dienenden „Bausoldaten“ bildeten bald eigene Kommunikationsstrukturen und wurden zur Keimzelle der späteren kritischen Friedensbewegung. Auch Verhaftungen schüchterten die Bausoldaten nicht ein. Einer der unbeugsamen Bausoldaten war Bernd Eisenfeld, 445

Bausoldaten

der 1968 wegen seiner neuerlichen Proteste gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei für Jahre in Haft kam.

- 450 Die vierte Periode, 1970 bis 1980, umfasst das erste Jahrzehnt der Herrschaft Honeckers. Dieser hatte nach der Übernahme der Macht 1971 zunächst mehr geistige Freiheit versprochen, ging aber sofort wieder zur Repression über, wenn öffentlich Kritik geäußert wurde. Nach außen versuchte die SED sich an der Entspannungspolitik zu beteiligen. Im Inneren verstärkte sich die Abgrenzungspolitik. Eine Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik wurde ausgeschlossen, und die DDR sollte ein sozialistischer Nationalstaat werden. Als Reaktion auf die immer unruhiger werdende DDR-Bevölkerung ließ Honecker das MfS weiter für eine flächendeckende Kontrolle ausbauen. Diese Politik lehnten viele Menschen ab. Als Bundeskanzler Willy Brandt 1970 zu 455
- Gesprächen mit der DDR-Führung nach Erfurt kam, skandierten tausende Demonstranten: „Willy Brandt, regier' du unser Land.“

- 460 In jenen Jahren entstanden viele neue Zellen der Gegnerschaft in jugendlichen Subkulturen, unter kritischen Studenten, in literarischen und künstlerischen Zirkeln. Da die Entspannungspolitik legale Wege zur Ausreise geschaffen hatte, ging die Absetzungsbewegung weiter, obwohl die SED versuchte, mit Repressionen die Ausreisewilligen abzuschrecken.

- 465 Die fünfte Periode, 1980 bis 1989, kennzeichnet das Entstehen einer legalistisch und reformistisch vorgehenden Opposition. Obwohl die Kirchenleitung diese Entwicklung keinesfalls förderte, wurde die evangelische Kirche zum zentralen Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation. Ausgehend von den Massenbewegungen „Schwerter zu Pflugscharen“, dem Kampf um einen „Sozialen Friedensdienst“ und

Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen

- dem „Berliner Appell“ von Havemann und dem Pfarrer Rainer Eppelmann für die Selbstbestimmung der Ostdeutschen, entwickelten sich einige hundert Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Diese waren in großen Netzwerken organisiert, unterhielten ein illegales Zeitschriftenwesen, genannt Samisdat, die russische Bezeichnung 470
- 475 für „Selbstverlag“, und traten immer wieder mit öffentlichen Protestaktionen in Erscheinung. Diese Gruppen waren überwiegend protestantisch und sozialetisch geprägt und versuchten legale Spielräume auszunutzen und zu erweitern. In den Gruppen arbeiteten auch katholische Christen mit. Ebenfalls gab es auch religiös kaum interessierte Oppositionelle, die den kirchlichen Öffentlichkeitsraum nutzten. Zu den vielfältigen Aktionsformen der Opposition gehörten u. a. öffentliche Protestdemonstrationen, Aufdeckung von gefälschten Umweltdaten und Wahlbetrug sowie das Verbreiten von Flugblättern. In dieser Zeit begannen in vielen Städten die Friedensgebete, die in der Friedlichen Revolution 1989 zu Kulminationszentren des Protests wurden.



- 485 Die SED setzte ihr gesamtes Arsenal zur Unterdrückung dieser Opposition ein: Verhaftungen, Abschiebungen in den Westen, konspirative Zersetzung und Unterwanderung mit Spitzeln sowie viele andere Formen der Verfolgung. In zwei großen Aktionen im November 1987 und im Januar 1988 versuchte die SED mit Hilfe des MfS der Opposition eine Niederlage beizubringen. Zunächst wurde die Samisdatdruckerei
- 490 in der Zionskirche in Berlin besetzt und einige ihrer Mitarbeiter verhaftet. Nachdem eine Protestwelle in der DDR anlief, zog die SED ihren Angriff zurück. Im Januar 1988 beteiligten sich Oppositionelle an der jährlich propagandistisch groß aufgezogenen „Kampfdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“ in Berlin und führten eigene Plakate mit. Eins zeigte das Luxemburg-Zitat „Der einzige Weg zur Wiedergeburt – breiteste Demokratie“. Daraufhin kam es zu einer Verhaftungswelle. Betroffen waren die Malerin Bärbel Bohley, die Schriftstellerin Freya Klier, der Liedermacher Stephan Krawczyk, Lotte und Wolfgang Templin, Vera Lengsfeld, Werner Fischer und Ralph Hirsch. Alle wurden aus der Haft heraus in die Bundesrepublik abgeschoben.
- 500 Dennoch gelang es nicht mehr, diese Opposition zu zerschlagen. Zu den Protagonisten gehörten unter vielen anderen: Die Bibliothekarin Ulrike Poppe und ihr Mann Gerd Poppe, der Pfarrer Rainer Eppelmann in Berlin, der Naturwissenschaftler und Verbindungsmann nach Polen Ludwig Mehlhorn, der Pfarrer und Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg Hans Joachim Tschiche, der Jugendpfarrer Heiko Lietz
- 505 in Mecklenburg, der Erfinder der Friedensgebete Pfarrer Christoph Wonneberger und der „Vater der Offenen Arbeit“ Walter Schilling in Thüringen.



*Freya Klier und Stefan Krawczyk 1988
nach ihrer Ausbürgerung aus der DDR.*

Die sechste und letzte Periode war die Friedliche Revolution im Ringen um die Wiedervereinigung. Von September 1989 an formierte sich das oppositionelle Lager in verschiedenen Bürgerbewegungen und Parteien. Das waren die Sozialdemokraten (SDP), der Demokratische Aufbruch (DA), das Neue Forum (NF), Demokratie jetzt (Dj) und Vereinte Linke (VL). Trotz unterschiedlicher politischer Konzepte und Strategien war ihnen das Eintreten für Bürger- und Menschenrechte und den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates gemeinsam.

510 Friedliche Revolution

Ausgehend von den Friedensgebeten in den Kirchen entfaltete sich eine Demonstrationsbewegung auf den Straßen und Plätzen, an denen sich einige Millionen Menschen beteiligten. Die Menschen hatten ihre eigene Sprache wiedergefunden. In den Friedensgebeten beteten sie für Gewaltfreiheit. Sie sangen „Verleih uns Frieden gnädiglich...“. Auf den Straßen riefen sie: „Wir sind das Volk!“ Der SED und ihren hohen Funktionären verschlug es die Sprache, ihre Appelle wurden überhört, ihre Befehlsketten zerrissen. Ihre Versuche, die Bewegung gewaltsam niederzuschlagen, scheiterten. Mehrere Tausend Oppositionelle und Demonstranten, die verhaftet worden waren, mussten freigelassen werden.

520
530



535 *Montagsdemonstration in Leipzig am 30. Oktober 1989, bei der die Menschen die Zulassung von Oppositionsparteien, freie Wahlen und unabhängige Medien und Gewerkschaften forderten.*

Die Schutzmacht der SED, die Sowjetunion mit ihrem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Michail Gorbatschow, war selbst in eine tiefe Krise geraten. Die
540 Ideologie war ausgebrannt und hatte mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun, die Wirtschaft befand sich im Niedergang, die einst Jahrzehnte unterdrückten Völker in der Sowjetunion und im gesamten Ostblock strebten nach Freiheit. Gorbatschows Rettungsversuche scheiterten kläglich. Die SED in der DDR war angesichts des Aufbegehrens der Ostdeutschen verwirrt und hatte jede Autorität verloren. Ihre ausgehöhlte Macht mit ihren gewaltigen Apparaten brach angesichts der neuen demokratischen Gegenbewegung zusammen.
545

Unter diesem Druck trat Honecker am 18. Oktober 1989 zurück. Die Opposition setzte einen „Runden Tisch“ durch, der den friedlichen Übergang zu einer demokratischen Organisation des politischen Lebens einleitete. Dazu gehörten die Entmachtung der SED
550 in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Auflösung des MfS. Am 18. März 1990 fanden die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Das Parlament, die Volkskammer, stellte die politischen Weichen für die Vereinigung mit der Bundesrepublik. Erstmals in der deutschen Geschichte hatte eine demokratische Revolution mit ihrer Vorgeschichte des Widerstandes ihr Ziel erreicht.